

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 M., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 43 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21, Leipzig. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 13693. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabends).

Interesse kosten die bespaltene Beilage oder deren Raum 25 Pfg., bei Blattdruck 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 3.60 M. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 M. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluss der Annahme von Inseraten für die jährige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Postgebäude. Telefon: 2721.

Tageskalender.

Die Konservativen erklären parteioffiziell ihre Zufriedenheit mit der Haltung des Reichskanzlers zur Sozialdemokratie.

Von der französischen Deputiertenkammer wurde zur Sicherung des staatlichen Zündholzwochers eine Erbrofflungssteuer auf automatische Feuerzeuge angenommen.

Die sozialdemokratische Dumafraktion brachte eine dringliche Interpellation ein wegen der Polizeigewalttaten gegen Studenten.

Die spanische Kammer beschloß eine Heeresvergrößerung um 25 000 Mann.

An der spanischen Küste ist der deutsche Dampfer Palermo mit 18 Mann Besatzung und 5 Passagieren untergegangen.

Der Verrat des Zentrums an den Staatsarbeitern.

Leipzig, 16. Dezember.

Die Regierung hat bekanntlich erklärt, daß das Gesetz über Arbeitskammern für sie unannehmbar sei, wenn nicht die Arbeiter der Staatsbetriebe von dem Wahlrecht zu diesen Kammern ausgeschlossen werden. Das Zentrum ist bereit, der Regierung den Gefallen zu tun, und Herr Matthias Erzberger, der regelmäßig auf dem Plan erscheint, wenn es gilt, eine Schusterrei der Schwarzgen zu beschönigen, unternimmt im Scherischen Tag auch diesmal die unlaubere Arbeit. Was sich dieser Monsieur an perfider Demagogie leistet, übersteigt alle Begriffe. Man höre:

Wenn der Bundesrat die Eisenbahnarbeiter, die Arbeiter der Heeresverwaltung und der Werften, also kurz gesagt: die staatlichen Arbeiter dem Arbeitskammergesetz nicht unterstellt haben will, so kann er dafür durchschlagende Gründe anführen, denen sich das Parlament gar nicht entziehen kann. ... Es ist im Reichstage bis jetzt nicht gesagt worden, daß eine solche Unterstellung der staatlichen Arbeiter ein Armutsergebnis für die Regierungen wie für die Parlamente sein würde. Warum? Die Löhne für diese Arbeiter werden allesamt im Etat festgesetzt; sind sie unzureichend, dann hat das Parlament wie die Regierung die Verpflichtung, für eine Erhöhung zu sorgen; in der Frage der Arbeitszeit, der Behandlung der Arbeiter usw. steht es ähnlich. ... Es vergeht keine einzelne Etatsdebatte, in welcher nicht viele Stunden über diese Dinge erörtert wird; das Spandauer Duell Pauli-Zubeil ist im Reichstage zu einer ständigen Einrichtung geworden. Aus den Verhandlungen der Einzelhandtage liegen tagelange Berichte über die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter vor. So bleibt hier für die Arbeits-

kammer gar kein Raum; denn man kann den Optimismus nicht haben, daß die parlamentarischen Erörterungen dieser Fragen ausbleiben, wenn man die Staatsarbeiter den Arbeitskammern angeschlossen würde. Die Staatsarbeiter selbst stellen auch ihr Wahlrecht an den Reichstag und Landtag höher als das Wahlrecht zu den Arbeitskammern. Das Unannehmbar der Regierung ist somit schon aus diesem Grunde angelegt.

Die Dreistigkeit, mit der hier mit der Wahrheit umgesprungen wird, ist echt erzbergerisch.

Vor allem ist es nicht wahr, daß in den Parlamenten über die Höhe der Löhne aller Arbeiter in den Staatsbetrieben entschieden wird. In den Etats werden nur die Gehälter der etatsmäßigen Beamten festgelegt, aber diese Beamten bilden nur einen kleinen Teil der beschäftigten Personen. Auf den preußischen Eisenbahnen herrscht z. B. folgendes Verhältnis: 22 448 etatsmäßige Beamte, 1226 diätarische Beamte und 92 500 nichtetatsmäßige Arbeiter. Bei den Werften steht der Reichsetat die Besoldungsverhältnisse von 1600 Beamten vor, über die Löhne der vielen tausend Arbeiter wird gar nichts bestimmt. Ueber die Arbeitszeit, die Behandlung der Arbeiter und ähnliche Dinge steht erst recht nichts im Etat.

Von dem ganzen Gerede bleibt also nur so viel übrig, daß im Reichstage und den Landtagen Debatten über die Lage der Arbeiter in den Staatsbetrieben stattfinden und zwar sind es regelmäßig nur die Sozialdemokraten, die die Beschwerden vorbringen. Indessen was hat es damit auf sich? Es ist ja bekannt, daß die Verwaltungsbehörden den schärfsten Terrorismus ausüben, daß Arbeiter, die den Abgeordneten Informationen liefern, riskieren, aufs Pfaster zu fliegen. Deshalb sind diese Informationen stets sehr lüdenhaft, die Dessenlichkeit kann niemals ein vollkommenes Bild der Zustände in den Staatsbetrieben erhalten. Indessen ist durch das, was man erfährt, längst bewiesen, daß das Wort von den Staatsbetrieben als Musterbetrieben zu den lächerlichsten gehört, die je geprägt worden sind. Der Staat mißbraucht seine Macht den Arbeitern gegenüber, etabliert eine wahre Schredensherrschaft, übt eine Sklavenwirtschaft aus. Der Staat ist ein ebenso skrupelloser Ausbeuter und Profitstinder, wie die privaten Unternehmer.

Aber die Kritik, die im Parlament geübt wird, hat leider auch nur eine ganz minimale Wirkung. Wohl hat hier und da das Auftreten unserer Genossen im Reichstage und den Landtagen zur Beseitigung der schreiendsten Uebelstände geführt, aber im allgemeinen ist es doch so, daß die Verwaltungsbehörden sich den Teufel um die Reden im Parlament kümmern und nicht etwa für die Beseitigung der Mißstände sorgen, sondern nur dafür, daß diese Mißstände nicht an die Dessenlichkeit kommen. Das Unglück in Deutschland ist ja eben, daß der Einfluß des Parlaments auf die Behörden lächerlich gering ist. Bei

dieser Ohnmacht der Parlamente wäre es endlich zu glauben, daß mit den Reden über die Arbeiterverhältnisse wirklich ein entscheidender Einfluß ausgeübt wird. Das weiß auch Herr Matthias Erzberger sehr genau, denn seine Partei hat in manchen Fragen (z. B. der berühmten Konfessionellen „Partität“ bei Besetzung der Ämter) Reden über Reden gehalten, und trotzdem nicht den geringsten Einfluß auf die Verwaltungsbehörden ausgeübt, so lange sie in der Opposition war. Wenn er also jetzt auf einmal gar so eifrig die Bedeutung solcher Reden betont, so ist das einfach Demagogie.

Worum es sich handelt, ist dies: erhalten die Arbeiter der Staatsbetriebe das Recht der Beteiligung an den Wahlen zu den Arbeitskammern, dann wird dadurch eine Instanz geschaffen, wo sie ihre Beschwerden vorbringen können. Sie würden Männer ihres Vertrauens wählen, denen die Behörden nicht den Maulkorb anlegen können. Das ist für diese Arbeiter insofern von Wichtigkeit, als ihnen ja das Koalitionsrecht striktig gemacht wird. Natürlich sind die geplanten Arbeitskammern nicht im entferntesten ein Ersatz für machtvolle Gewerkschaften, aber angesichts der totalen Rechtslosigkeit der Arbeiter der Staatsbetriebe wäre es für sie ein kleiner Fortschritt. Und gerade das „Petitionsrecht“, von dem Herr Erzberger so viel Aufhebens macht, würde erst dann einigen Nutzen bringen können, wenn durch die Arbeitskammern eine bessere Informierung der Dessenlichkeit über die Zustände in den Staatsbetrieben ermöglicht würde. Aber gerade das will die Regierung nicht! Ihr Ziel ist zu vereiteln, daß die Dinge bleiben wie sie sind, daß in den Staatsbetrieben nach wie vor der uneingeschränkte Absolutismus der Behörden bestehen bleibt, daß so wenig wie möglich über die Arbeiterverhältnisse in den Staatsbetrieben an die Dessenlichkeit dringt. Andre Gründe hat die Regierung für ihre Weigerung nicht.

Indem Herr Matthias Erzberger den freiwilligen Regierungskommissarius spielt und tut, als sei er von der Stichhaltigkeit der Gründe der Regierung überzeugt, wendet er eine plumpe Finte an. Und wenn er sich dabei als Verfechter des Parlaments aufspielt und behauptet, es wäre ein „Armutsergebnis für die Parlamente“, wenn die Arbeiter das Recht erhielten, an den Wahlen zur Arbeitskammer teilzunehmen, so ist das eine in ihrer Verlogenheit nicht zu übertreffende Demagogie.

Aus diesem Vorstoß des Herrn Erzberger geht jedenfalls hervor, daß das Zentrum entschlossen ist, auch diesen niederträchtigen Verrat zu üben und die Interessen der Staatsarbeiter zu opfern. Und die neueste Meldung über die Haltung des Bundesrats, die wir an anderer Stelle des heutigen Blattes würdigen, wonach das Gesetz über die Arbeitskammern scheitern soll, falls das Zentrum nicht die Eisenbahnarbeiter preisgibt, zeigt deutlich, wohin die Reise geht.

Seuilleton.

Rutland.

Erzählung von Jonas He.

Aus dem Norwegischen überseht von Emilie Stein.

29] Nachdruck verboten.

Madam Kristensen erhob sich plötzlich heftig. „Herr Hardsvogn, ich bin nicht gewohnt, so von meinem Manne sprechen zu hören.“

„Aber liebe Jungfer Gen... Sie haben mich durchaus falsch verstanden... entschuldigen Sie mich. Kennen Sie mich denn so schlecht, daß ich so sprechen würde, wenn ich nicht wüßte, daß Ihr Mann einer der rechtschaffensten Menschen ist, die ich je gekannt habe. Sehen Sie sich nur, Madam Kristensen!“ — Er ließ sich selbst auf den Stuhl nieder. „Also womit kann ich Ihnen helfen?“

„Ja, sehen Sie, Herr Hardsvogn! Ich meine bloß so, daß, wenn Herr Hardsvogn erst wüßte, daß es eben diese Gerüchte zum Schweigen zu bringen heißt, Sie wohl selbst besser verstehen würden, was zu geschehen hat, als ich.“

„Nicht übel gesagt! — Den Nagel auf den Kopf getroffen! Freilich will ich Ihnen helfen, und was mehr ist, ich kann es auch. Das ist mit einem Brief von mir an Ihren Schutzhelfer getan, in dem ich ihm erzähle, daß Ihr Mann, weit entfernt, aus jener Verhandlung irgendeinen Verdacht davonzutragen, sogar nach allgemeinem Urteil eine besonders mutige Tat vollbracht hat, indem er das dem Versinken nahe Schiff über die Nordsee führte. Ich beschränkte ja selbst später sein Fahrzeug und bürgte für ihn. Ich werde sogar eine Abschrift der ganzen Akten verlangen, so daß Ihr Mann weiß wie Schnee dastehen soll. Nicht wahr, dies ist ja ungefähr, was Sie selbst sich unter meiner Aktion vorgestellt haben?“

„Ja, Herr Hardsvogn, und ich kann Ihnen nicht genug danken, daß Sie einer Person, die Ihnen und Ihrer Frau gebietet hat, soweit ihre Kräfte reichen, Ihr Wohlwollen bis heute bewahrt haben.“

„Ich sehe, daß Sie Verstand haben — einen richtigen guten Menschenverstand! Merkwürdig, daß ich das an Jungfer Gen nie bemerkt habe. Sie war, unter uns gesagt, ein eigenartiges Frauenzimmer mit einer Menge von Redensarten. Aber das Leben reift — und Sie sind wahrhaftig eine famos Frau geworden — eine Frau in ihrem besten Alter, das ja nicht immer mit dem Ralender zusammenfallen muß, Madam Kristensen! Bei einigen ist es in den Zwanzigern und bei andern in den Vierzigern.“ — Ein Seufzer entschlüpfte ihm, und er strich oder fächelte sich mit dem schönen gelben Bastseidentuch, das er in der Hand hielt, über die Stirn. „Das meynige ist vorüber, wie Sie sehen. Aber wir müssen uns zufrieden geben und — in die Kinder leben!“

„Ja, wenn die bloß auch zufrieden sind, Herr Hardsvogn!“ — Das kam mit einem gewissen Gewicht heraus. „Wie? ... Was? ... Meinen Sie etwas damit?“

„Durchaus nichts! — Fräulein Mina muß ja wohl zufrieden sein — sie hat es ja in jeder Beziehung so gut — vollauf in allem!“

„Ja, nicht wahr, das denke ich auch. Aber“ — er rückte den Stuhl ein wenig näher — „finden Sie sie nicht ein wenig — ein wenig traurig aussehend?“

Madam Kristensen bewegte langsam das Haupt wie zu einer Beteuerung.

„Ja, das weiß Gott, das finde ich, Herr Hardsvogn! Dreiundzwanzig Jahre — denn sie war sieben, als ich das Haus verließ — du lieber Himmel! Ich habe noch nie an einem jungen Mädchen so müde und traurige Augen gesehen! Es ist, als sei sie alt geworden; so hübsch sie auch noch ist!“

„Meinen Sie das wirklich?“ Der Hardsvogn sagte es tonlos, ließ das Seidentuch schlaff herabhängen und

starrte zu Boden. „Wahrhaftig? Ich dachte, ich bildete es mir bloß ein.“

„Wer das nicht sieht, müßte blind sein.“

„Ich habe ihr eine Begnügungsreise nach Kristiania und Kopenhagen vorgeschlagen, — sie hat an beiden Orten Verwandte; aber sie will nicht.“

„Ach nein, Hardsvogn; derartige Dinge wird man auf der Reise nicht los!“

„Was meinen Sie damit, Madam Kristensen?“ — er richtete sich auf und sah ihr scharf forschend in die Augen. „Denn Sie müssen etwas Bestimmtes damit meinen!“

„Nichts andres, als daß ein junges Mädchen, dem man die Hoffnung nimmt, alt wird, ob sie nun in Kristiania lebt oder in Kopenhagen. Da kann sie ebensogut bei ihrem Papa daheim bleiben und Tag und Tag ihrer Jugend opfern — und stäuben und puzen...“

„Es ist nicht gut für einen Mann, wenn er alt und einsam wird, Madam Kristensen!“

„Es ist eine große Frage, was gut ist, Herr Hardsvogn! Ich meinerseits würde es nimmermehr gut finden, so alt und blind zu werden, daß ich nicht lähe, wie meine einzige prächtige Tochter neben mir dahinstürbe — daß sie verwelke, ja wie eine Blume!“ — Bei diesen Worten brach sie, von ihrem eigenen poetischen Bild ergriffen, in Tränen aus.

„Ruht ich es nicht? ... Redensarten! ... Redensarten! ... Da kommt Jungfer Gen zum Vorschein!“

„Sagen Sie lieber, da kommt die Wahrheit zum Vorschein, Herr Hardsvogn! Ich finde es hier wie in einem Trauerhaus! und der Vater, der das nicht merkt, hat nicht viel Herz im Leib; das ist meine Ansicht, ob der Herr Hardsvogn mich nun Jungfer Gen oder Madam Kristensen nennen will!“

„Nicht viel Herz im Leib!“ Der Hardsvogn war aufgesprungen und begann, den einen Daumen in das Aermelloch seiner blauen Uniformweste gehakt, im Zimmer auf und abzugehen. — „Nicht viel Herz im Leib!“